

Der Postsektor und die globale Rezession

Ein Info-Paper für UNI Post und Logistik



Erstellt von Andrew Bibby und Neil Anderson

24. April 2009

Version 4.0

1. Einleitung

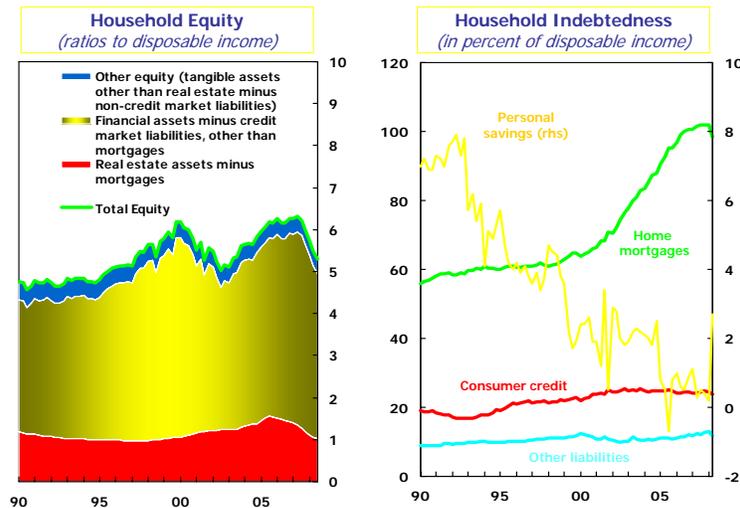
Eine globale Wirtschaftskrise wie die, die wir derzeit in den meisten Teilen der Welt erleben, führt zu verminderter Wirtschaftstätigkeit und bedroht Arbeitsplätze und Wohlstand.

Die derzeitigen Probleme nahmen ihren Anfang zwar in der Finanz- und Bankbranche, doch der Abschwung hat längst auch andere Wirtschaftsbereiche erfasst. Leider wird auch der Sektor Post und Logistik nicht ungeschoren davonkommen.

Der WPV gab in seinem Bericht über die globale Wirtschafts- und Finanzkrise „*The Global Economic and Finance Crisis: initial insights into its impact on the postal sector*“, der bei einer internationalen WPV-Krisenkonferenz (an der UNI vertreten war) im April vorgelegt wurde, eine erste Einschätzung der Lage ab. Die Gesamteinschätzung der WPV kommt vielleicht am besten in der Überschrift seiner anschließenden Pressemitteilung zum Ausdruck: „Postsektor spürt ein Zwicken, aber Finanzkrise ist nicht ganz so verheerend“ (*Postal sector feeling the pinch, but financial crisis not all doom and gloom*)¹. Der Executive Summary des Textes ist unter Anhang eins zu finden. Eine Vollversion kann auf Englisch und Französisch unter folgendem Link eingesehen werden:
http://www.upu.int/postal_economics/en/the_global_economic_and_financial_crisis_en.pdf

Einen grundlegend wichtigen Einblick in die eigentlichen Ursprünge der Finanzkrise lieferte bei der internationalen WPV-Konferenz zu diesem Thema der Vertreter des Internationalen Währungsfonds (IWF). Emmanuel van der Mensbrugge, stellvertretender Direktor der IWF-Büros in Europa, erklärte, dass einer der wichtigsten Gründe für die Krise ein langer Zeitraum von mindestens 10 Jahren war, in dem die Einkommen der Mittelklasse stagnierten, während die Kosten für Wohnen und Hypotheken stark anstiegen (Einzelheiten in folgenden Grafiken)². Das führte zu verringerter Spartätigkeit der Mittelklasse während gleichzeitig der Verschuldungsgrad immer weiter anstieg und diese Unfähigkeit, die Kredite zurückzuzahlen, war schließlich einer der Hauptauslöser für die Krise. Er sagte auch, dass dies zu geringerem Wohlstand der Mittelklasseverdiener und einem Vertrauensverlust führte. Wird diese Lage nicht verbessert, so wird auch nicht die Nachfrage aufkommen können, die notwendig ist, um den Konsum anzukurbeln und mehr Arbeitsplätze zu schaffen.

Rising U.S. Household Leverage and Declining Savings



Im Hinblick auf die Postbranche heißt es in der WPV-Pressemitteilung zur internationalen Konferenz folgendermaßen: „Die Ergebnisse der Umfrage, die unter den 15 größten Post- und Privatkurierunternehmen durchgeführt wurde, zeigen, dass der Sektor die Auswirkungen der Krise auf jeden Fall spürt. Aber er zeigt derzeit keinerlei Anzeichen einer wirtschaftlichen Krise, wie das in anderen Sektoren der Fall ist.“ Der WPV betont, wie wichtig in Zeiten der Krise doch die Verbundenheit und das Vertrauen ist, das die Kunden ihrem Postdienst entgegenbringen. Daraus kann man schließen, dass sich für die Post in diesen schwierigen Zeiten „zahlreiche Gelegenheiten“ bieten.

Aus der WPV-Umfrage geht aber auch hervor, dass ein Gefühl der Selbstzufriedenheit völlig fehl am Platze wäre. Ein Rückgang der Wirtschaftstätigkeit wirkt sich unmittelbar auf das Volumen der versandten Post und damit auf die Umsätze aus. John Potter, der US-amerikanische Postmaster General, stellte dies klar, als er im Januar vor dem US-Senat erklärte: „Unserer Erfahrung nach lassen sich Veränderungen längerer Wirtschaftszyklen an der Postversandaktivität erkennen ...Eine anhaltende Verschlechterung der Wirtschaft kann das Postaufkommen und die Umsätze sogar noch weiter und noch länger als erwartet nach unten drücken³.“ Potters Befürchtungen beziehen sich auf die USA, wo das Postaufkommen in den ersten beiden Quartalen des Geschäftsjahres 2009 um 15% zurückging, also um doppelt so viel wie der Rückgang des US-amerikanischen BIP. Auch ECORYS⁴ verweist auf die enge Verbindung zwischen wirtschaftlicher Aktivität und Postvolumen.

In diesem Zusammenhang muss angemerkt werden, dass heutzutage der Großteil der Postsendungen von Unternehmen und nicht von Einzelpersonen verschickt wird. In Europa werden beispielsweise nur etwa 15% der Versandstücke von Einzelpersonen verschickt, während Unternehmen die restlichen 85% versenden. Die Sparte Business-to-Consumer (B2C) macht dabei die größte Kategorie der versandten Post⁵ aus und über Direktversand verschickte Werbung ist ein bedeutender Teil dieses Marktsegments. Eine Reihe von Studien verwiesen auf die besonders wichtige Rolle, die Finanzdienstleistungsunternehmen in den letzten Jahren im

Bereich des Direktversands spielten⁶. Die Sendungen von Finanzunternehmen an Verbraucher haben das Postversandvolumen in den letzten Jahren in den entwickelten Ländern um einiges erhöht. Wir gehen einmal davon aus, dass sich dieser Trend nun abrupt umkehren wird (das zeichnet sich bereits ab: der Direktversand im Kreditkartengeschäft sank in den USA im dritten Quartal 2008 um 28% im Vergleich zu 2007⁷).

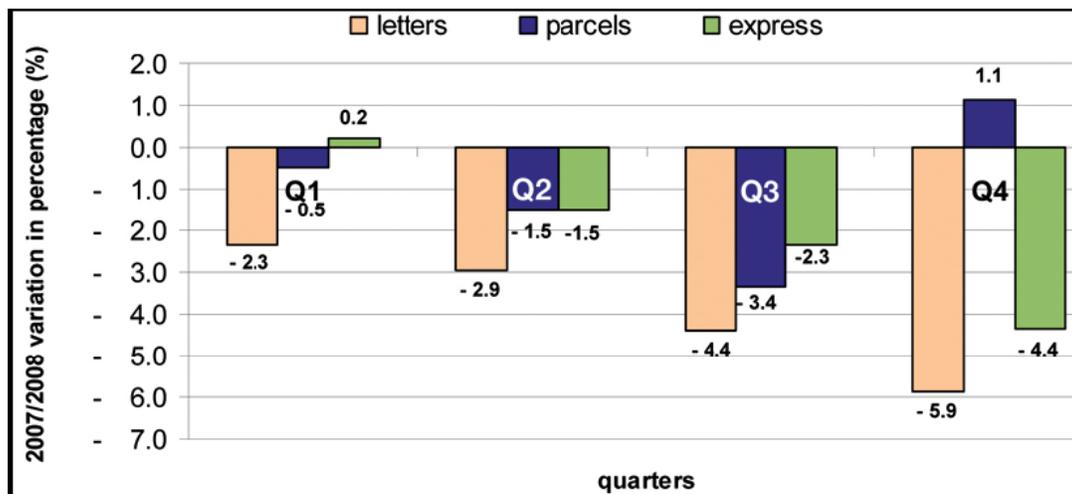
Wir bekommen nun allmählich die tatsächlichen Auswirkungen des Wirtschaftsklimas auf die Post- und Kurierdienstunternehmen zu spüren, auch wenn sich das volle Ausmaß wahrscheinlich erst gegen Ende dieses Jahres wirklich zeigen wird (bzw. bis 2009, wenn sich nächstes Jahr die Ergebnisse im Handel abzeichnen). Auf jeden Fall muss man mit Umsatzeinbußen und Arbeitsplatzabbau rechnen. Über einige der Fakten wird im nächsten Teil dieses Papers berichtet.

Diese düstere Gesamtlage könnte aber auch Chancen bieten, wie die WPV anklingen lässt. Am wichtigsten für die UNI wäre vielleicht die Gelegenheit, den im Postsektor vorherrschenden neoliberalen Ansatz, der in den letzten Jahren insbesondere in Europa Fuß gefasst hat, herauszufordern und die Werte eines zuverlässigen, effizienten und vernünftigen Postdienstes in seiner Eigenschaft als *öffentlicher* Dienstleistung zu bekräftigen. Die britische Kommunikationsgewerkschaft kommentierte bezeichnenderweise: „Wie kann eine Regierung die Privatisierung der Postdienstleistungen rechtfertigen, wenn sie gleichzeitig viele der führenden Banken des Landes verstaatlicht? Das alte, auch im Bericht der EU-Kommission angeführte Paradigma laut dem die Zukunft der Post in Deregulierung und Marktliberalisierung liegt, ist jetzt, wo sich in anderen Wirtschaftsbereichen klar gezeigt hat, wo die Grenzen dabei liegen, alles den Kräften des Marktes zu überlassen, wesentlich angreifbarer geworden.“

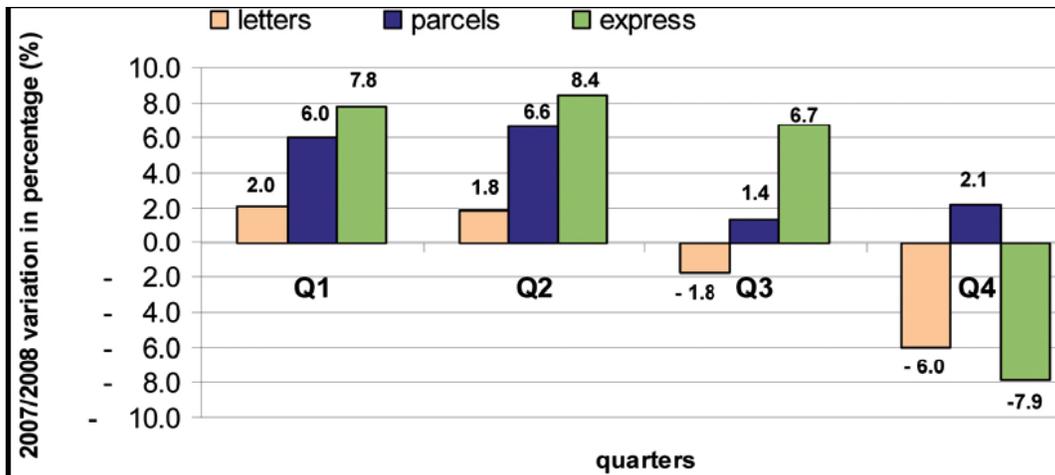
2. Die aktuelle Lage

Das Bild, das sich im Hinblick auf die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Postdienstbetreiber überall auf der Welt bereits abzeichnet, ist nicht gerade ermutigend.

Der WPV veröffentlichte kürzlich Statistiken, die das Postaufkommen und die Umsätze von 2008 und 2007 gegenüberstellen. Aus der Graphik unten gehen beispielsweise die Wachstumsraten für den inländischen Brief-, Paket- und Expressversanddienst hervor und die Zahlen sind ganz offensichtlich für praktisch alle Quartale und Kategorien negativ (die befragten Postdienstbetreiber fertigen 66% des gesamten inländischen Briefpostverkehrs weltweit und 88% des gesamten Paketpostverkehrs weltweit ab. Beim inländischen Expressversand repräsentieren die Zahlen, einschließlich zweier privater Kurierdienste, schätzungsweise 50%-75%).



Der WPV stellte auf einer ähnlichen Basis auch die Umsatzerlöse aus Post- und Eilversand gegenüber. Aus dieser Tabelle (unten) geht eine Zunahme der Umsatzerlöse bis zum Beginn des dritten Quartals 2008 hervor. Dann kehrte sich der Trend abrupt um und die Wachstumsraten wurden negativ.



Laut WPV beziehen sich diese Umsatzzahlen auf weltweit 62% des gesamten Briefpostumsatzes, 48% des Paketpostumsatzes und zwischen 50%-75% des Eilzustellungsumsatzes.

Die WPV-Umfrage über die globale Wirtschaftskrise mit dem Titel „*The Global Economic and Financial Crisis*“ enthält weitere detaillierte Angaben über Postaufkommen und Umsatzerlöse.

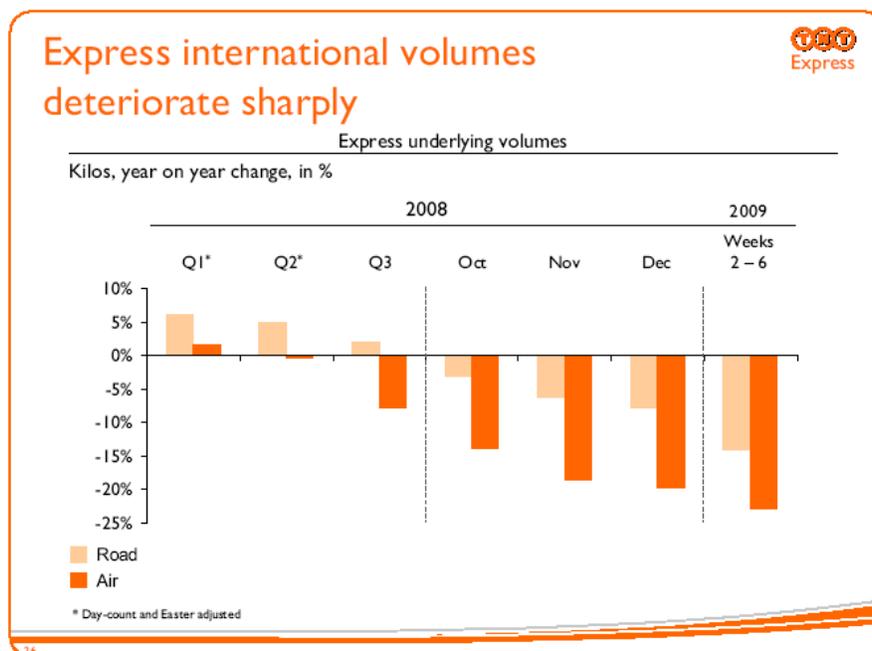
Es werden allmählich auch Angaben über bestimmte Märkte und Postdienstbetreiber verfügbar. In den USA verzeichnete beispielsweise der US Postal Service im Geschäftsjahr 2008 einen Einbruch von 4,5% im gesamten Postaufkommen. Neuneinhalb Milliarden weniger Poststücke durchliefen letztes Jahr im Vergleich zum Vorjahr das System.

Der USPS-Chef John Potter sprach ganz offen über die „außergewöhnliche Herausforderung, der wir gegenüberstehen“. In Bezug auf 2009 meinte er: „Wir erwarten keinerlei Verbesserung... wir gehen davon aus, dass sich das Postaufkommen um 12 bis 15 Mrd. Poststücke verringern wird...Hält der derzeitige Trend auch weiterhin an, so müssen wir in diesem Geschäftsjahr mit einem Nettoverlust von US\$ 6 Mrd. oder mehr rechnen⁸.“ Ein anderer USPS-Manager wurde folgendermaßen in der Presse zitiert: „Wir sind mit dem größten Verfall seit der *Great Depression* konfrontiert⁹.“ Der USPS, der im Jahr 2008 einen Nettoverlust von US\$ 2,8 Mrd. verbuchen musste, kündigte nun für dieses Jahr eine geplante Einsparung von 100 Millionen Arbeitsstunden an (doppelt so viele wie letztes Jahr). Zudem wird die Post die US-Regierung um Unterstützung bitten.

Die großen multinationalen Unternehmen berichten ebenfalls über schwierige Geschäftsbedingungen. UPS legte im Februar dieses Jahres sein Geschäftsergebnis für das letzte Quartal 2008 vor. Daraus geht ein Rückgang von 3,7% und ein um 5% geschmälerter Umsatzerlös im Vergleich zum selben Quartal 2007 hervor. Das Paketaufkommen des Unternehmens in den USA sank um 4,5%, wobei die Luftpost-Eilzustellung über Nacht um über 10% eingebrochen war. Laut dem Unternehmen geht der Trend weg von teuren Produkten. Der UPS-Finanzchef wird in einer Pressemitteilung des Unternehmens folgendermaßen zitiert: „Das

Jahr wird zweifellos eines der schwierigsten seit dem Bestehen der UPS werden. Da Wirtschaftswissenschaftler bis zum Jahr 2010 keine bedeutende Erholung erwarten, werden die Erträge darunter leiden. Niedrigeres Postaufkommen und weniger Frachtgewicht werden die Gewinnspannen noch weiter nach unten drücken.“ Scott Davis, CEO von UPS, spricht von ‘schwierigen Entscheidungen, die zur notwendigen Anpassung getroffen werden müssen’, einschließlich von Veränderungen in Bezug auf Unternehmensstruktur und Löhne¹⁰. Ein erstes Beispiel für diese Veränderungen kam im April, als UPS die Kürzung von 300 Pilotenstellen ankündigte und die Pilotengewerkschaft des Unternehmens aufforderte, den Vertrag mit UPS neu zu verhandeln. Es wird davon ausgegangen, dass das Unternehmen eine Kürzung der Gehälter fordern wird.

Auch TNTs entsprechende Ergebnisse für das 4. Quartal wurden im Februar veröffentlicht und hier sieht es im Großen und Ganzen ähnlich aus. Das Unternehmen berichtete: „In den ersten Wochen des Jahres 2009 hatten wir einen Rückgang des Aufkommens von internationalen und Economy-Expresssendungen von je 23% und 14% zu verzeichnen. TNT veröffentlichte eine Reihe von Graphiken, einschließlich der unten abgebildeten. Daraus geht hervor, dass das Aufkommen internationaler Expresssendungen seit Mitte 2008 stark zurückging, und zwar sowohl was Luft- als auch was Landpost betrifft.



TNT ließ zudem verlautbaren, dass auf dem Heimatmarkt des Unternehmens, den Niederlanden, ein 'zunehmender Geschäftsrückgang' zu verzeichnen sein wird.¹¹ UNIs Partnerorganisation, die Internationale Transportarbeiterföderation (ITF), warnte davor, dass das Unternehmen als Kosteneinsparungsmaßnahme wohl 1.000 Stellen abbauen wird; 300 davon werden im Vereinigten Königreich und die restlichen 700 in Ländern wie Frankreich, Deutschland und Italien abgebaut werden. TNT plant, dieses Jahr Kosten von etwa €400 Millionen einzusparen.¹²

Die ITF warnte im Januar auch vor massivem Stellenabbau bei den anderen globalen Zustelldiensten. Laut ITF wird Fedex über 500 Stellen im Frachtbereich in den USA abbauen und „die Fedex Corporation verhängte einen Einstellungsstopp und Kurzarbeit und reduziert Löhne und Leistungen. Weitere Lohnkürzungen werden folgen¹³.“ Im Dezember musste Fedex seine für 2009 angekündigte Gewinnprognose um 17% nach unten korrigieren.¹⁴

Deutsche Post World Net strebt ebenfalls Kostenkürzungen und Arbeitsplatzabbau an. Carl Schelfhaut, Senior Vice President, sagte bei der Konferenz der Asien/Pazifik-Postgewerkschaft im März, dass „2009 und möglicherweise auch noch die Zeit danach ein hartes Jahr für den gesamten Logistikbereich, einschließlich der Post so wie wir sie kennen, sein wird.“¹⁵ Das Unternehmen berichtete im Januar, dass weitere Kosteneinsparungen angestrebt werden. DPWN reduzierte bereits sein DHL-Geschäft in den USA, eine Geschäftsentscheidung, die mindestens 15.000 Stellen kostete¹⁶. Den deutschen Medien zufolge muss davon ausgegangen werden, dass künftig weitere Stellen in der DPWN Gruppe abgebaut werden¹⁷ (DHL kündigte laut ITF bereits Stellenabbau in geringerem Ausmaß für Irland, Hong Kong und die Tschechische Republik an¹⁸).

Beim Kongress der Asien/Pazifik Postgewerkschaft äußerte sich ein weiterer Sprecher zu den Auswirkungen des 'Finanz-Tsunamis' auf den Postsektor der Region, in dem der Rückgang des Postaufkommens im vierten Quartal letzten Jahres von 9,5% auf 12% anstieg. Ein allgemeiner Rückgang von Export und Internethandel, aber vor allem auch die Kürzung der Marketingbudgets wurden als Hauptgründe für den Rückgang des Postaufkommens genannt¹⁹.

In Frankreich zeigten die Endjahresbilanzen 2008 von La Poste beispielsweise einen 3%igen Rückgang der Briefpost, der durch stärkeres Paket- und Expressaufkommen aufgefangen wird, aber auch einen bedeutenden Rückgang des Gesamtgewinns²⁰. Die Royal Mail (VK) verbuchte einen 4%igen Rückgang der adressierten Inlandspost in den sechs Monaten bis Oktober letzten Jahres²¹. Aus einer unabhängigen britischen Studie geht hervor, dass das Direktversandaufkommen im VK durchschnittlich um 8,5% gesunken ist²².

Die Postdienstbetreiber, die mit unternehmerischen Schwierigkeiten konfrontiert sind, können effektiv zwischen zwei verschiedenen Wegen wählen, nämlich zwischen einer Zusammenarbeit in sozialer Partnerschaft mit den Gewerkschaften, um zu versuchen, die Schwierigkeiten auf dem Verhandlungsweg beizulegen, und einem einseitigen Vorgehen, bei dem die gesamte Last auf die Schultern der Belegschaft geladen wird.

UNI Post und Logistik und ihre Mitgliedsorganisationen werden natürlich alle ihre Ressourcen darauf verwenden sicherzustellen, dass sämtliche Veränderungen über den Verhandlungsweg eingeführt werden. In Neuseeland beispielsweise ist die UNI-Mitgliedsorganisation EPMU besorgt über die Umstrukturierungsvorschläge der NZ Post, die durch einen Rückgang des Postaufkommens motiviert sind. Die nationale Postorganisationsbeauftragte Anna Kenny fasste die Haltung der Gewerkschaft folgendermaßen zusammen: „Unsere vordringlichste Aufgabe als Gewerkschaft besteht darin zu versuchen, so viele Arbeitsplätze unserer Mitglieder wie möglich

zu erhalten. Wir werden die Zahlen des Unternehmens sehr kritisch im Auge behalten und sehen, wo wir Dienstpläne optimieren und Arbeitskräfte innerhalb der NZ Post Group als Alternative zur Entlassung umsetzen können. Im Idealfall wird es gar nicht erst zu Stellenabbau kommen, aber wenn ein Stellenabbau am Ende des Prozesses unvermeidlich ist, dann sind wir dazu entschlossen dafür zu sorgen, dass unsere Mitglieder nicht nur ihren gewerkschaftlichen Arbeitslosenanspruch sondern auch finanzielle Unterstützung für Umschulung und Stellenvermittlung erhalten.“²³

In den USA machten die UNI-Mitgliedsorganisationen NALC und APWU bereits Erfahrung in der Zusammenarbeit mit dem Postdienstbetreiber, um sich gemeinsam auf einen Weg durch die schwierigen Zeiten der Veränderungen zu einigen. USPS und NALC schlossen kürzlich ein vorläufiges Abkommen, durch das ein neuer Prozess für die Beurteilung und Anpassung von Zustellrouten festgelegt wird, wodurch eine rasche, einmalige Anpassung an das verringerte Arbeitspensum erzielt wurde²⁴. Die Strategie der NALC zielt darauf ab, die Arbeitsplätze langjähriger Mitarbeiter, selbst wenn ihr Aufgabenbereich neu zugeordnet wurde, zu erhalten. Die NALC konnte nun erreichen, dass die USPS in allen Poststellen, in denen Postzusteller tätig sind, Zustelldienste nicht an schlecht bezahlte und gewerkschaftsfeindliche Vertragsnehmer auslagert²⁵. Diese Verhandlungen wurden zwar vor der Finanzkrise geführt, zeigen aber doch einen Weg dazu auf, mehr über soziale Partnerschaft als durch ein starres Aufzwingen Einfluss auf das Management zu nehmen.

Die APWU wies ihre Mitglieder auch darauf hin, dass sich der wirtschaftliche Konjunkturrückgang und das sinkende Postaufkommen wahrscheinlich auch auf ihre Arbeitsbedingungen auswirken werden. Das kann für die Arbeitnehmer auch eine Versetzung oder die Zuteilung neuer Aufgabenbereiche bedeuten. APWU-Vorsitzender Burrus warnte, dass „Postbeschäftigte mit sehr vielen Veränderungen rechnen müssen, bis sich das Postaufkommen dann irgendwann wieder normalisiert.“²⁶

Dort wo die Gewerkschaften nicht so stark vertreten sind, liegt eine der Gefahren darin, dass zunehmend mehr flexible Beschäftigungsmodelle und atypische Arbeitszeitvereinbarungen eingesetzt werden. Die Europäische Stiftung kommentierte 2007 zum Trend der atypischen Beschäftigungsverträge: „Es wird mehr auf Leiharbeit und andere Formen der Zeitarbeit zurückgegriffen...Das Aufkommen von Alternativen zu den traditionellen Postämtern brachte auch eine neue Kategorie von Postbeschäftigten hervor, die nicht formell von den großen Unternehmen des Sektors abhängen.“²⁷ ECORYS merkt dazu an, dass die UNI-Mitgliedsorganisationen AbvaKabo FNV und FNV Bondgenoten aktiv versucht haben, mit Sandd, Selekt Mail und Netwerk VSP, die allesamt Arbeitnehmer auf der Basis von atypischen Verträgen anstelle von festen Arbeitsverträgen für Postzusteller einsetzen, zu verhandeln. TNT selbst beschäftigt zwar Mitarbeiter auf der Basis von traditionellen Arbeitsverträgen, führte aber auch eine zweite Kategorie von Postboten ein, für die weniger gute Arbeitsbedingungen als für die konventionellen Postbeschäftigten gelten²⁸ (Ende 2008 wurde ein Abkommen erzielt).

Die globale Finanzkrise kommt natürlich noch zu den bereits vorher im Zuge des Liberalisierungsprozesses eingeleiteten Kosteneinsparungsmaßnahmen der Postbetreiber in Europa hinzu. In Österreich möchte die Österreichische Post mittelfristig einen größeren Personalabbau vornehmen²⁹. Die tschechische Post verfolgt eine Umstrukturierungsstrategie, die den Abbau von 2500 Arbeitsstellen und die Schließung von 179 Postämtern vorsieht³⁰. Posten Norge handelte die Kürzung von 340 Unterstützungspersonalstellen für dieses Jahr aus, und 30 weitere sollen nächstes Jahr noch folgen: UNIs norwegische Mitgliedsorganisation Postkom warnt ihre Mitglieder schon einmal vor und meint, dass sie sich auf „eine neue Zeit der Veränderung und Unsicherheit einstellen müssen“³¹.

3. Postämter und Bankdienstleistungen

Die aktuelle Krise führte zu einem nie zuvor dagewesenen Zusammenbruch oder Beihnahzusammenbruch von Großbanken in vielen großen Ländern, was darauf zurückzuführen ist, dass diese Banken sich enorme Profite aus komplexen Finanzprodukten und Derivaten versprachen, die nicht ausreichend von der Bankenaufsicht überprüft worden waren (und die wahrscheinlich auch für die Banken selbst nicht mehr richtig überschaubar waren).

Die Öffentlichkeit ist schwer enttäuscht von den konventionellen Banken, und die hohen Boni und sonstigen finanziellen Zusatzleistungen, die die Banker sich auch weiterhin noch selbst dann auszahlen, wenn sie die Geschäfte nicht erfolgreich führen, stoßen nicht gerade auf Verständnis. In vielen Ländern suchen die Menschen nach einem sicheren Ort für ihre Ersparnisse und ihr Geld. In diesem Zusammenhang ergeben sich neue Möglichkeiten für das Wiederaufleben der Postbanktradition.

In den vergangenen Jahren ging der Trend dahin, die Finanzdienstleistungen der Post als nicht zum Kerngeschäft gehörend auszugliedern und die Postbankschalter im Zuge des Liberalisierungsprozesses abzustoßen. Aktuelles Beispiel ist der Verkauf des Bankgeschäfts der Deutschen Post an die Deutsche Bank. Aber dennoch machen Finanzdienstleistungen für viele Postbetreiber auch weiterhin einen großen Teil ihres Geschäfts und ihrer Einnahmen aus. Laut WPV ist die japanische Post die weltgrößte Sparkasse.³² Für die Poste Italiane sind die Finanzdienstleistungen sogar *das* Kerngeschäft, mit dem 2006 66% des Gesamterlöses erwirtschaftet wurde. Bei La Poste (Frankreich) machen die Finanzdienstleistungen beinahe ein Viertel des Gesamterlöses und bei der SwissPost (Schweiz) ein Fünftel aus.³³

Der WPV hob die beachtliche Performance vieler Postbanken in letzter Zeit hervor: „Die Finanzinstitutionen der Post erleben seit Beginn der Krise ein enormes Wachstum. Einige europäische Postbetreiber, wie etwa die Swiss Post und die Deutsche Post, verzeichnen jährliche Wachstumsraten von über 50% was Postspareinlagen und 2008 eröffnete Sparkonten betrifft“³⁴,

so der WPV. Ein ähnliches Phänomen war auch während der Great Depression in den 30er Jahren zu beobachten.

Hier besteht also die Möglichkeit, so etwas wie eine Renaissance der Finanzdienstleistungen der Post anzustreben. Im Vereinigten Königreich, wo die Girobank der Post Anfang der 90er Jahre privatisiert wurde, führt die UNI-Mitgliedsgewerkschaft Communication Workers' Union eine aktive Kampagne zur Schaffung einer neuen „People's Bank“ der Post, also einer Bank für das Volk durch, und zwar im Rahmen ihrer großer angelegten Kampagne gegen die vorgeschlagene Teilprivatisierung der Royal Mail. Die Gewerkschaft formuliert das folgendermaßen: Die Post ist eine der wenigen Institution, der vertraut wird, und die wie keine andere Institution mit ihren über 12.500 Schaltern über ein flächendeckendes System verfügt. Über dieses Netz könnte die People's Bank umfassende Bankdienstleistungen für alle anbieten...die Ironie liegt natürlich darin, dass das Versagen des Bankensystems die perfekte Gelegenheit dazu bieten könnte, das Poststellennetz zu stärken und es als neue Ladenfront sowohl der Regierung als auch der Postdienste neu zu beleben.³⁵ Die CWU wird bei dieser Kampagne vom Verband der Kleinunternehmen und der National Credit Union Association unterstützt.

In den USA wurde das Postsparsystem bereits schon im Jahr 1966 aufgegeben. Wie die WPV anmerkte, kam in letzter Zeit allerdings wieder Interesse daran auf, das Konzept wieder aufleben zu lassen, allem voran in einem letztes Jahr in der New York Times erschienenen Artikel. Der Autor, Michael Lind von der New America Foundation, schrieb: „Wenn die Finanzkrise erst einmal überstanden ist, werden wir Amerikaner unser Finanzsystem wieder aufbauen müssen. Ein neues Postsparsystem sollte Teil des Plans sein.“

Der Sektor UNI Post und Logistik kann in diesem Bereich mit UNIs Finanzsektor zusammenarbeiten. UNI Finanz fordert ein auch weiterhin vielfältiges Bankensystem und nicht eines, das zu noch größeren Superbanken konsolidiert wird: „UNI Finanz befürwortet ein Finanzsystem, das kleine, mittlere und große Unternehmen umfasst, und zu dem nicht nur private, auf Gewinnmaximierung ausgerichtete Institutionen, sondern auch öffentliche und kooperative Einrichtungen gehören. Solch eine pluralistische Struktur wird für zusätzliche Stabilität sorgen.“³⁶

Daraus ergibt sich auch die Notwendigkeit für UNI Post und Logistik, das internationale Geldüberweisungssystem des WPV, das Internationale Finanzsystem (IFS), mehr zu unterstützen. In den Worten der WPV: „Der Zugang zu effizienten, erschwinglichen Finanzdienstleistungen und internationalem Geldtransfer ist von größter Wichtigkeit, nicht zuletzt auch als Mittel dazu, die einzelnen Volkswirtschaften und die Entwicklung anzuregen und die Armut auf der Welt verringern zu helfen – eines der wichtigsten Millennium-Entwicklungsziele der UNO... Die Kosten für internationale Geldüberweisungen bleiben auch weiterhin hoch und es werden oft Gebühren von bis zu 20% auf die Transaktionen erhoben.“³⁷

Kurzfristig gesehen wird das Gesamtaufkommen von Transaktionen, die über das IFS-System des WPV abgewickelt werden, wahrscheinlich eher sinken, vielleicht sogar ziemlich stark, da

Arbeitsmigranten in ihre Heimatländer zurückkehren. Man wird dafür sorgen müssen, dass der Elan, der hinter der Entwicklung dieser Dienstleistung steht, nicht abflaut: Viele Millionen Arbeitsmigranten rund um die Welt, insbesondere aus Entwicklungsländern, profitieren unmittelbar von dieser Dienstleistung und sie trägt auch zur Schaffung einer internationalen Postdienstleistung bei, die im öffentlichen Dienst verwurzelt ist und im öffentlichen Interesse ist. UNI forderte alle ihre Mitgliedsorganisationen dazu auf, ihre Regierungen zu bitten, die Postdienstbetreiber in ihren Ländern dazu aufzurufen, sich dem WPV-IFS-System anzuschließen³⁸.

4. Liberalisierung – und dann?

Am wichtigsten ist vielleicht, dass sich jetzt eine echte Perspektive auftut, denn die gravierende Finanzkrise, mit der die Welt konfrontiert ist, bietet nun vielleicht die Chance, die neoliberale Philosophie der letzten zwei Jahrzehnte, die sich im Postsektor durch das Liberalisierungsbestreben geäußert hat, erfolgreich anzugreifen.

In der Londoner Erklärung des EGBs letzten September hieß es: „Die weltweite Finanzkrise muss ein Wendepunkt sein und einen völligen Umbruch in Gang setzen...Das vorherrschende Modell des Finanzkapitalismus steht kurz vor dem Kollaps. Dieser Kapitalismus, der sich vor etwa 25 Jahren insbesondere in den USA von seinen langjährigen Fesseln losgerissen hat, hatte seitdem Vorbildfunktion für die ganze Welt. Er bevormundete die große Masse und beutete sie in jahrelanger Verherrlichung der Privatisierung, der Deregulierung und der freien Märkten zugunsten einer kleinen Minderheit aus.“³⁹

Die EU-Kommission sprach in ihrem Bericht über die Anwendung der Postrichtlinie von 2008 über den 'breiten Konsens' hinter den Postdienstleistungen, die in einem liberalisierten und wettbewerbsorientierten Markt erbracht werden. Allerdings spricht einiges dafür, dass selbst vor der Krise nicht viele dieser Ansicht waren, insbesondere die einfachen Leute nicht, die ziemlich verblüfft waren, als sie mit ansehen mussten, wie eine erfolgreiche öffentliche Dienstleistung in aufeinanderfolgenden Wellen attackiert wurde.

Es gibt Belege dafür, dass die Öffentlichkeit nicht von der Liberalisierung profitiert (auch wenn sie den Unternehmen zuträglich war). Es werden allmählich Bedenken laut. Pitney Bowes' PostInsight-Dienst verwies beispielsweise darauf, dass viele nicht mit der herrschenden liberalen demokratischen Partei Japans in Bezug auf eine vollständige Postprivatisierung einer Meinung sind, wie sich bei einer parlamentarischen Sitzung im November deutlich zeigte⁴⁰.

Im Vereinigten Königreich wurden die mit der Auslagerung von Postdienstleistungen an Drittunternehmen verbundenen Probleme im Januar dieses Jahres ziemlich deutlich, als das Franchise-Unternehmen, das drei Postzweigstellen betrieb, Pleite ging. Die Royal Mail musste in

die Bresche springen und ein eigenes Management-Team einsetzen, um die Postämter wieder öffnen zu können⁴¹.

Leider gibt es keine Garantie dafür, dass der derzeitigen Marktliberalisierungsbewegung wirklich ein Riegel vorgeschoben werden wird. Aber die Gelegenheit muss jetzt beim Schopf ergriffen werden. Es muss versucht werden, die Bedeutung der Post als grundlegenden öffentlichen Dienst, als integralen und grundsätzlich wichtigen Bestandteil einer gut funktionierenden Gesellschaft und nicht als ein weiteres profitorientiertes Unternehmen darzustellen.

Einige Befürworter der Postliberalisierung sehen in der Krise ein gutes Argument für mehr Liberalisierung. Bei der im April abgehaltenen internationalen WPV-Konferenz, sagte der CEO von TNT, Peter Bakker, dass die Antwort auf die Krise weitere Liberalisierung, weniger Regulierung und offenere Märkte sei. Natürlich setzt sich das völlig über die Logik hinweg, dass nämlich eine der grundsätzlichen Ursachen der Krise gerade ein Mangel an entsprechender Regulierung und ein zunehmend deregulierter Markt war. Bakker meinte zudem in seiner Rede, dass die Antwort auf die sinkenden Einnahmen und den verringerten Cash-Flow der Postdienstbetreiber in niedrigeren Löhnen und Gehältern liege! Natürlich ein völliger Widerspruch zu dem was der IWF-Vertreter bei der Konferenz sagte, nämlich dass die stagnierenden Einkommen der Mittelklasse einer der Gründe für die Krise seien.

Es gibt hier eine ganz klar zu vermittelnde Aussage und diese Aussage ist einfach zu verstehen. UNI Post und Logistik sollte sie zu einer Priorität erheben.

5. Die Antwort der UNI Global Union

UNI Global Union, und vor allem natürlich der Finanzsektor, machten ihre Position im Hinblick auf die Krise bereits sehr deutlich. Beim jüngsten G20-Gipfel in London brachte UNI ihre Forderungen für die Reform des Finanzsektors und die allgemeine Governance von Finanzinstitutionen vor. Der vollständige Text von UNIs Stellungnahme beim G20-Gipfel und die Forderungen des Finanzsektors befinden sich in Anhang zwei. Zusätzlich wurde ganz allgemein eine Reihe weiterer gewerkschaftlicher Initiativen vom IGB, dem gewerkschaftlichen Beratungsausschuss bei der OECD (TUAC) und mehreren nationalen Verbänden ergriffen. Derzeit werden die Corporate Governance-Richtlinien der OECD überarbeitet und UNI fordert alle Mitgliedsorganisationen dazu auf, die Position des TUACs gegenüber ihren Regierungen zu unterstützen (Einzelheiten siehe Anhang drei).

UNI betreibt auch die „UNI Financial Crisis Watch“. Das ist eine der Finanzkrise gewidmete Website unter www.uniglobalunion.org/financialcrisis, auf der die Mitgliedsorganisationen weitere UNI-Dokumente, Einschätzungen und Forderungen der Mitgliedsorganisationen und die neuesten Informationen zur Krise vorfinden. Dieser Site soll für die Gewerkschaften der ganzen

Welt ein Forum zum Austausch von Informationen über die Finanzkrise und über Wege, mit ihr fertig zu werden, sein. Die Mitgliedsorganisationen sind dazu aufgefordert, neueste Nachrichten sowie Informationen über ihre Position und ihr Handeln in Bezug auf die Krise an das UNI-Sekretariat zu schicken. Alle Informationen bitte an: barbara.wettstein@uniglobalunion.org.

Damit ihr immer auf dem neuesten Stand seid, könnt ihr unseren RSS Feed über die Finanzkrise unter folgender Adresse abonnieren: www.uniglobalunion.org/unifinance.nsf/crisis.rss

In Bezug auf Finanzdienstleistungen wird die UNI Post und Logistik die Forderungen der UNI Finanz unterstützen, nämlich:

- Ein neues Geschäftsmodell, das nachhaltig, langfristig konzipiert und risikobewusst ist und Kunden und Beschäftigte zur Einflussnahme befähigt. Finanzregulierung und -aufsicht müssen sich auch auf interne operative Abläufe und Praktiken erstrecken, einschließlich Entlohnung, Incentives, Verkaufspraktiken, Kompetenzen und Arbeitsbedingungen der gewöhnlichen Beschäftigten.
- Strukturierter Dialog zwischen Gewerkschaften und Aufsichtsbehörden, Regulierern und Geschäftsleitung im Hinblick auf dieses Vorgehen und diese Praxis auf allen Ebenen.
- Chartas für den verantwortungsbewussten Verkauf von Finanzprodukten für alle Finanzinstitutionen, die sich auf diese Bereiche beziehen und von Geschäftsleitung, Gewerkschaften und anderen Interessenvertretern ausgehandelt werden.
- Umfassende Finanzaufsicht, die der Vielfalt der Finanzbranche Rechnung trägt.
- Umfassende Information und Anhörung der Beschäftigten in Bezug auf Umstrukturierungsmaßnahmen auf allen Ebenen – bei multinationalen Unternehmen sollten dabei im Idealfall globale Abkommen zugrunde liegen.
- Wahrung der Kernarbeitsnormen durch Regierungen und Unternehmen im Umgang mit der Finanzkrise.

Auch einige einzelne Postgewerkschaften wurden aktiv und gaben ihren Mitgliedern Ratschläge zur Bewältigung der Krise. Die neuseeländische Gewerkschaft EPMU sagte ihren Mitgliedern in einer Nachricht, die auch einen Film beinhaltet, den sie auf "YouTube" ansehen können:

„In dieser Rezession ist ganz klar, welche Aufgabe wir als Gewerkschaft haben. Wir müssen uns um unsere Mitglieder kümmern, die Arbeitsplätze der Beschäftigten erhalten und die Löhne/Gehälter und Arbeitsbedingungen wahren. Wir müssen auch einige grundsätzliche Dinge festlegen, so dass die Arbeitnehmer nicht alle negativen Konsequenzen einer Krise, an der sie ja schließlich nicht schuld sind, zu tragen haben.“

„Dieser Film soll dafür sorgen, dass wir die Rezession verstehen und nicht wegen ihr in Panik geraten. Viele Arbeitgeber versuchen, die Beschäftigten in Panik zu versetzen und dieses Gefühl dazu auszunutzen, eine Umstrukturierung durchzusetzen.“

„Wir müssen als arbeitende Menschen zusammenhalten und wenn die Arbeitgeber auf uns zukommen, müssen wir gesprächsbereit sein und die anstehenden Anliegen gemeinsam durchgehen und dafür sorgen, dass die Last der Rezession gerecht aufgeteilt wird.“

Crunch Time kann über EPMUs YouTube-Kanal auf <http://www.youtube.com/user/NZAEPMU> oder auf <http://www.epmu.org.nz/crunch-time/> angesehen werden.

Die EPMU hat Recht und es gibt eine Menge Arbeitgeber im Bereich des Postdienstes und der Expresszustellung, die die Finanzkrise als Vorwand für Kosteneinsparungen, Lohnkürzung in den unteren Lohngruppen und Kurzarbeit nutzen. Wie bereits an früherer Stelle in diesem Paper erwähnt, sagte Peter Bakker, CEO von TNT, öffentlich, dass seiner Überzeugung nach die Löhne und Gehälter als Antwort auf die Krise gekürzt werden sollten. Das ist nicht annehmbar und UNI Post und Logistik wird mit Gewerkschaften zusammenarbeiten, um gemeinsam herauszufinden, wo wirklich Verluste vorliegen und wo die Krise einfach nur als Vorwand zur Kürzung von Löhnen und Arbeitsbedingungen benutzt wird.

Viele Wirtschaftswissenschaftler glauben, dass die Kürzung des Einkommens der Arbeitnehmer und der massive Stellenabbau, mit denen wir gerade konfrontiert sind, die negativen Auswirkungen der Krise noch verschärfen werden. Der IWF-Vertreter meinte in seiner Rede bei der internationalen WPV-Konferenz zur Krise, dass die Gesundheit des Finanzsektors wiederhergestellt, die Nachfrage angekurbelt und der steuerliche Anreiz auf eine Erhöhung der Konsumausgaben ausgerichtet werden sollte.⁴²

Im Hinblick auf Postdienstleistungen intensiviert UNI Post und Logistik zunehmend ihre Kampagne gegen die Liberalisierung von Postdienstleistungen. In Europa, wo die Liberalisierung bereits Realität ist, startete UNI sein Lobby-Paket für Mitgliedsorganisationen mit der Bezeichnung „Reguliere die Deregulierung“. UNI Post und Logistik fordert, dass die Krise nicht als Vorwand für weitere Liberalisierung des Postmarkts vorgeschoben wird, sondern als Lektion dient, aus der wir lernen, warum wir eine nachhaltige und gerechte Regulierung mit entsprechenden Aufsichts- und Durchsetzungsmechanismen brauchen.

Auf der Seite der Chancen dieser Krisen-Gleichung arbeitet die UNI Post und Logistik Global Union eng mit dem WPV, mehreren Postdienstbetreibern, Regierungen und der Weltbank zusammen, um die Inanspruchnahme der Dienstleistungen der Post als vertrauenswürdige Finanznetz zu fördern. Aus den in diesem Paper enthaltenen Informationen geht eindeutig hervor, dass die Öffentlichkeit die Finanzdienstleistungen der Post als sicher für ihre Bankgeschäfte betrachtet, und wie sich das in der erhöhten Inanspruchnahme des Postbanksystems sowohl seitens der Arbeitsmigranten als auch der Niedriglohneempfänger als grundlegende Bankeinrichtung widerspiegelt.

Die UNI wird Postbankdienstleistungen und die Inanspruchnahme des Postnetzes für immigrierte Arbeitnehmer zu Zwecken der Geldüberweisung deshalb fördern. Der Weltpostverein (WPV) entwickelte ein sicheres System für die elektronische Geldüberweisung (IFS) durch die Postämter

auf der ganzen Welt. Das System bietet große Vorteile für Arbeitsmigranten, da die Gebühren niedriger sind und das Geld sicherer nach Hause zu ihren Familien überwiesen werden kann. Es bietet den Postämtern auch die Möglichkeit, ein besser umsetzbares Geschäftsmodell in Entwicklungsländern und abgelegenen Gegenden zu betreiben.

6. Die Forderungen der UNI Post und Logistik Global Union

UNI Post und Logistik fordert im Hinblick auf die globale Finanzkrise und die Post- und Logistikbranche, dass:

- UNI Post und Logistik angesichts der Tatsache, dass die Finanzkrise Anlass dazu gibt, die verfehlte Politik der Postmarktliberalisierung neu zu überdenken, die Postmarktregulierung zur Priorität erhebt.
- die Krise nicht als Vorwand für eine weitere Liberalisierung des Postmarkts, sondern als Lektion benutzt wird, aus der wir lernen können, warum wir eine starke und gerechte Regulierung mit entsprechenden Überwachungs- und Durchsetzungsmechanismen brauchen.
- Regierungen und Postverwaltungen schnell handeln, um ein Poststellennetz als vertrauenswürdige grundlegende Bankeinrichtung sowohl für Arbeitsmigranten als auch für Niedriglöhner aufzubauen.
- Regierungen die Entwicklung des sicheren Überweisungssystems des Weltpostvereins (WPV) unterstützen, durch das Geld auf elektronischem Wege rund um die ganze Welt überwiesen werden kann (IFS).
- die Finanzkrise nicht als Vorwand für Umstrukturierungen, Lohnkürzungen oder betriebsbedingte Kürzungen der Arbeitszeit benutzt wird.
- die Belegschaft in Bezug auf eventuelle Umstrukturierungsmaßnahmen auf allen Ebenen umfassend informiert und angehört wird – im Falle von multinationalen Unternehmen wenn möglich gestützt auf globale Abkommen.
- sich Regierungen und Unternehmen bei der Bewältigung der Krise an die Kernarbeitsnormen halten.
- ein neues Geschäftsmodell zugrundegelegt wird, das nachhaltig, langfristig orientiert und risikobewusst ist und gleichzeitig auch Kunden und Beschäftigte zur Einflussnahme befähigt. Die Finanzregulierung und –überwachung muss sich auch auf interne operative Abläufe und Praktiken beziehen, einschließlich Vergütung, Leistungsanreize, Verkaufspraktiken sowie die Kompetenzen und Arbeitsbedingungen der ganz gewöhnlichen Arbeitnehmer.
- auf sämtlichen Ebenen ein strukturierter Dialog mit Gewerkschaften, Aufsichtsgremien, Regulatoren und Geschäftsleitung zu diesen Abläufen und Praktiken aufgenommen wird.

- die OECD ein neues Modell für die Corporate Governance vorgibt, das auf Rechenschaftspflicht gegenüber der Gesellschaft im Allgemeinen basiert und eine bindende Regulierung als Kernprinzip für die wirksame Durchführung enthält.
- die Corporate Governance-Richtlinien der OECD auf jeden Fall der Vielfältigkeit der Corporate Governance-Ansätze Rechnung tragen und Mechanismen zur Information, Anhörung und Vertretung von Arbeitnehmern enthalten.

Anhang 1

„Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise. Einblicke in die Auswirkungen auf den Postsektor“ – Bericht des Weltpostvereins (WPV) April 2009

Executive Summary

Das finanzielle Chaos, das der globalen Wirtschaft derzeit großen Schaden anrichtet, hinterlässt auch im Postsektor seine Spuren. Wie aber aus unserer Umfrage hervorgeht, sind die Auswirkungen nicht ausschließlich negativ, sondern zum Teil auch positiv. Im Gegensatz zu anderen Sektoren, wie etwa der Automobilbranche, weist der Postsektor keinerlei Anzeichen einer wirtschaftlichen Flaute auf. Aus der Auswertung der Umfrageergebnisse geht hervor, dass den Postnetzen in Bezug auf Entwicklungen im E-Handel und Erbringung von Finanzdienstleistungen sogar immer mehr Vertrauen entgegengebracht wird. Im Vergleich zu anderen Sektoren hält die Post der Krise gut Stand. Da die Umfrage nicht nur unter den etablierten Postdienstbetreibern, sondern auch unter anderen großen privaten Zustelldiensten durchgeführt wurde, ist sie ziemlich repräsentativ.

Die Umfrageergebnisse, die sich überwiegend auf das 3. und 4. Quartal des Geschäftsjahres 2008 beziehen, sind folgende:

- Der wirtschaftliche Abschwung führte zu einer Verschlechterung der Ergebnisse für die Post im Hinblick auf Postaufkommen und Erträge, was im 3. und 4. Quartal 2008 deutlich wird.
 - Das schnelle Voranschreiten der Krise führte zu einem raschen Verfall der Wachstumsraten, sogar für die Postdienstbetreiber und Marktsegmente, die immer noch ein Wachstum zu verzeichnen haben.
 - In den Segmenten, die von den positiven Auswirkungen der Krise profitieren, waren die Abweichungen zwischen den einzelnen Postbetreibern im Hinblick auf die Performance unbedeutend. Was allerdings die negativen Auswirkungen angeht, so trifft das Gegenteil zu.
- Was das Postaufkommen betrifft, so bekamen die Postdienstbetreiber rund um die Welt die Auswirkungen der Krise am stärksten im Briefpostsegment zu spüren, wo das Inlandspostaufkommen im 4. Quartal 2008 im Vergleich zum 4. Quartal des Vorjahres um 5,9% abnahm.
- Der Bereich der Expresszustellungen leidet am meisten unter der Krise, mit niedrigeren Erträgen, die weltweit im 4. Quartal im Vergleich zum Vorjahr um 7,9% einbrachen.
 - Das lässt sich zum Teil damit erklären, dass die Verbraucher Abstand von teuren Dienstleistungen nehmen.
- Die Inlandspaketzustellung hatte am wenigsten unter der Krise zu leiden und legte trotz des zunehmenden wirtschaftlichen Abschwungs im 4. Quartal große Widerstandsfähigkeit an den Tag und konnte im 4. Quartal im Vergleich zum Vorjahr sogar ein Wachstum von 1,1% verzeichnen.
 - Dazu kommt in vielen Ländern im 4. Quartal 2008 zeitgleich ein Rekordumsatz im E-Handel.
- Mit dem gesamten inländischen und internationalen Paketverkehr konnte während des Jahres 2008 ein positives Ertragswachstum erwirtschaftet werden, einschließlich im 4. Quartal mit einem weltweiten Ertragsanstieg von 2,1%, und das vor dem Hintergrund der sich verschlechternden wirtschaftlichen Bedingungen.
 - Die höchsten vierteljährlichen Wachstumszahlen für internationales Paketaufkommen im 2. und 3. Quartal fielen zeitlich mit dem höchsten Ölpreis der Geschichte zusammen.
- Die internationalen Marktsegmente zeigten sich im Jahr 2008 im Allgemeinen krisenbeständiger als die inländischen Marktsegmente, obwohl das internationale

Postverkehrsaufkommen zwischen dem 3. und dem 4. Quartal rasch absackte und zu ungewissen Aussichten für 2009 führte.

- Im Umgang mit der Krise waren die Ergebnisse der Zusteller im Paketsegment homogener als im Briefpostsegment.
- Die börsennotierten Postdienstbetreiber und Expresszusteller folgten im Hinblick auf ihren Vergleichsindex einem ähnlichen Weg und in einigen Fällen übertrafen sie sogar ihren Vergleichsindex.
- Der Sektor ist bisher aber noch weit entfernt von seiner schlechtesten Performance während der schweren Wirtschaftskrise in den 30er Jahren, während der die Erträge der Post zwischen 1931 und 1932 in den Vereinigten Staaten um 12,3% absackten und das Briefpostaufkommen in Deutschland zwischen 1930 und 1931 um 16,6% abnahm.
- Die Zahl der Postspareinlagen und Sparkonten schnellte nach oben und weist in einigen Ländern Wachstumsraten von über 50% auf. Ein ähnliches Phänomen war auch während der *Great Depression* zu beobachten.

Anhang 2

UNI Global Union verlangt auf dem G20-Gipfel mit Erfolg globalen Kurswechsel

Seit dem Ausbruch der Finanzkrise setzt sich UNI Global Union unermüdlich für globale Finanzreformen ein. Nun bringen unsere Anstrengungen erste Erfolge.

Die Schlussfolgerungen des G20-Gipfels vom 2. April in London legen einen Aktionsplan für die Stärkung der Finanzaufsicht und Finanzregulierung fest, der zahlreiche Forderungen der internationalen Gewerkschaftsbewegung und insbesondere der Globalen Gewerkschaft UNI Finanz berücksichtigt.

Die G20-Agenda wurde umgestellt: Deregulierungsbestrebungen und kurzfristiges Denken haben nun Anstrengungen für ein nachhaltiges und risikobewusstes Finanzsystem Platz gemacht, das der Gesellschaft und der Wirtschaft insgesamt dienen soll. Insbesondere begrüßen wir das Ziel der G20, für die Finanzüberwachung und Finanzregulierung einen starken, einheitlichen globalen Rahmen zu schaffen, der hohe Standards für Finanzmärkte und Unternehmen setzt. Damit bekundet die G20 die Absicht, ein nachhaltiges Wachstum zu fördern und den Bedürfnissen der Unternehmen und der Bevölkerung gerecht zu werden. Die Rolle, die die Angestellten bei der Gewährleistung eines guten Funktionierens der Finanzindustrie spielen, wird jedoch immer noch nicht genügend anerkannt, weshalb wir uns auch weiterhin für dieses Anliegen einsetzen werden.

UNI wird ihre Tätigkeiten gemeinsam mit ihren Mitgliedsorganisationen und der internationalen Gewerkschaftsbewegung verstärken, um sicherzustellen, dass die G20-Pläne unter aktiver Mitwirkung der Gewerkschaften umgesetzt werden.

UNI-Generalsekretär Philip Jennings und UNI Finanz-Vorsitzender Allan Bang gehörten der G20-Global Unions-Delegation an. Die globalen Gewerkschaften trafen mit mehreren Staatschefs zusammen, so mit dem Gastgeber des G20-Gipfels, dem britischen Premierminister Gordon Brown, mit Präsident Lula, Brasilien, Präsident Motlanthe, Südafrika und Premierminister Rudd, Australien. Die Delegation führte zudem Gespräche mit dem Leiter des Internationalen Währungsfonds (IWF), D. Strauss-Kahn, und dem Direktor der Welthandelsorganisation (WTO), Pascal Lamy.

Wir stellen fest, dass sich Inhalt der politischen Agenda verändert und zusehends vom Neoliberalismus entfernt. Wir werden unsere Aktionen zur Bewältigung der politischen Herausforderungen und für eine Neuausrichtung der Globalisierung fortsetzen. Für UNI stellen der Beschäftigungsschutz und die Sicherung des Lebensunterhalts der Arbeitnehmer zentrale Punkte in der Antwort auf diese Wirtschafts- und Finanzkrise dar.

Weltweite UNI Finanz-Aktionswoche zur Finanzkrise

Im Vorfeld des G20-Gipfels am 2. April organisierte UNI Finanz eine weltweite Aktionswoche zur Finanzkrise (23. März -1. April). Die Mitgliedsorganisationen wurden aufgerufen, Treffen zu veranstalten und den Regierungen ihres Landes die UNI Finanz-Strategien vorzustellen. UNI Finanz war am 28. März an den Kundgebungen in London anwesend, und ihre Mitglieder nahmen an Demonstrationen in Frankreich und Österreich teil. Belgische und italienische Gewerkschaften organisierten Treffen während der Aktionswoche.

UNI Finanz veranstaltete eine internationale Pressekonferenz über Verkaufspraktiken und den auf Angestellte im Finanzsektor ausgeübten Druck, mit Beiträgen von Kolleg/innen aus Amerika, Brasilien, Großbritannien und Dänemark.

Ein kürzlich lancierter UNI Finanz-Blog enthält Nachrichten, die UNI Finanz und ihre Mitglieder zur Finanzkrise publizieren.

Strategien der Globalen Gewerkschaft UNI Finanz

UNI Finanz arbeitet in dieser Frage eng mit dem IGB, dem TUAC und anderen globalen Gewerkschaften zusammen. Für UNI Finanz stehen die Neugestaltung des Finanzsystems und die Überwindung der Finanzkrise im Mittelpunkt.

Nach Rücksprache mit ihren Mitgliedsorganisationen verabschiedete die UNI Finanz-Lenkungsgruppe ein Eckpunktepapier: „Für eine verantwortliche, nachhaltige Finanzindustrie“, das fünf getrennte, jedoch miteinander verbundene Problembereiche anspricht:

- Angestellte im Zentrum einer verantwortlichen, nachhaltigen Finanzindustrie;
- Ein Bottom-Up-Ansatz für Überwachung und Transparenz;
- Umstrukturierung und Entlohnung
- Stabilisierung und Reform des Finanzsystems
- Finanzwissen

Die allumfassende Botschaft lautet: "Kunden haben Anspruch auf gute Ratschläge und die Finanzsektor-Angestellten haben das Recht, gute Ratschläge zu erteilen".

Die zentralen Forderungen von UNI Finanz können wie folgt zusammengefasst werden:

- Ein neues kundenorientiertes und risikobewusstes Geschäftsmodell, das sich an nachhaltigen und langfristigen Prinzipien orientiert und die Stellung von Kunden und Mitarbeitern stärkt. Die Finanzregulierung/-aufsicht muss interne Geschäftsabläufe und -praktiken umfassen, einschließlich Entlohnung, Anreize, Verkaufspraktiken und Arbeitsbedingungen der gewöhnlichen Angestellten.
- Ein strukturierter Dialog zwischen Finanzsektor-Gewerkschaften und Finanzaufsichts- und -Regulierungsbehörden und Management über diese Verfahren und Praktiken auf allen Stufen.
- Entwicklung von Prinzipien (in Form einer Charta) für den verantwortungsvollen Verkauf von Finanzprodukten durch jedes Finanzinstitut, die das Management, die Gewerkschaften und andere interessierte Kreise gemeinsam festlegen.
- Gewährleistung einer breit angelegten Finanzaufsicht, die der Vielfalt in der Finanzindustrie Rechnung trägt.
- Eine umfassende Information und Konsultation des Personals über Umstrukturierungsmaßnahmen auf allen Stufen – in multinationalen Unternehmen im Idealfall gestützt auf globale Abkommen.
- Achtung der Arbeitsnormen durch Regierungen und Unternehmen im Umgang mit der Finanzkrise.

Die Arbeit von UNI Finanz bildete die Grundlage für unsere Stellungnahmen, die wir internationalen und regionalen Einrichtungen, Regierungen und Finanzaufsichts- und Regulierungsbehörden auf allen Ebenen unterbreiteten, sowie für unseren Dialog mit Banken und Versicherungen in allen Teilen der Welt.

Dem Eckpunktepapier liegen Untersuchungen und Entscheidungen von UNI Finanz seit Beginn der Krise im Jahr 2007 zugrunde. Es wurde an die Staats- und Regierungschefs der G20, die Vereinten Nationen, die Internationale Arbeitsorganisation (IAO), den IWF, das Financial Stability

Board (FSB, das frühere Finanzstabilitäts-Forum, FSF), die Weltbank, die OECD, die WTO und die Europäische Union (EU) gesandt. Die Mitglieder wurden gebeten, das Papier ihren Regierungen vorzulegen.

Die wichtigsten Bestandteile des Dokuments sind in einem Informationsblatt zusammengefasst; das in Englisch, Französisch, Deutsch und Spanisch veröffentlicht wurde.

Internationale Organisationen

G20: Der Standpunkt von UNI Finanz kommt in den Erklärungen zum Ausdruck, die die globalen Gewerkschaften dem G20-Gipfel im April unterbreiteten.

IWF: Im Januar traf UNI Finanz im Rahmen des Dialogtreffens zwischen IWF und globalen Gewerkschaften mit IWF-Sachverständigen zusammen, um die Rolle des IWF und der Finanzsektor-Gewerkschaften bei der Finanzreform zu erörtern. In einem getrennten Treffen diskutierte UNI Finanz im Namen der isländischen Finanzgewerkschaften zudem die IWF-Hilfeleistungen für Island. Wir haben diese Fragen direkt mit dem Leiter des IWF, Strauss-Kahn zur Sprache gebracht, der gegenüber den globalen Gewerkschaften und UNI im Besonderen eine Politik der offenen Tür verfolgt. Die G20 stellt dem IWF ein neues Arsenal von Finanzmitteln zur Verfügung. Die Gewerkschaftsbewegung muss nun Einfluss auf den Einsatz dieser Mittel in den Industrieländern nehmen können. Strauss-Kahn behauptet, dass die Konditionalitäten des IWF nicht mehr denen der Vergangenheit entsprechen, doch beweisen die jüngsten Erfahrungen das Gegenteil.

FSB: Die G20 stärkte die Rolle des Finance Stability Board (FSB), das Regulatoren und Aufsichtsbehörden aus den G20-Ländern und darüber hinaus vereinigt. Das FSB wird im Zentrum des globalen Regulierungs- und Aufsichtsrahmens für die Finanzindustrie stehen. Auf einer Tagung im November 2008 mit UNI zeigte das damalige FSB keine Bereitschaft für die Schaffung eines strukturierten Dialogs mit der Gewerkschaftsseite. Wiederholte Anfragen um Bekanntgabe der Namen der Finanzinstitute, für die das FSB internationale Aufsichts-Kollegen bildet, blieben unbeantwortet. Diese Kollegien haben die Aufgabe, die wichtigsten Finanzaufsichtsgremien für ein multinationales Finanzunternehmen zusammenzubringen und eine effektive grenzüberschreitende Überwachung sicherzustellen. Der UNI-Generalsekretär wird Ende April mit FSB-Vertretern zusammentreffen.

OECD: Gemeinsam mit dem TUAC, traf UNI Finanz im November mit dem OECD-Rat zusammen und unterbreitete ihm unseren Bottom-Up-Ansatz für die Finanzüberwachung. Im Januar folgte dann eine gemeinsame TUAC/UNI Finanz-Erklärung zur Finanzausbildung. Eng verbunden mit dem Finanzreform-Prozess führen wir unsere Tätigkeiten bei der OECD fort, insbesondere im Zusammenhang mit Corporate Governance und Finanzausbildung.

IAO

Im Februar veranstaltete die IAO ein Globales Forum zur Finanzkrise. Die Sozialpartner – UNI Finanz und die Internationale Arbeitgeber-Organisation (IOE) – sowie Regierungsvertreter vereinbarten gemeinsame Schlussfolgerungen. Nachstehend die wichtigsten Punkte:

- Der sozialen und der arbeitsrechtlichen Dimension muss im Umgang mit der Krise und der Reform des Finanzsystems gebührend Rechnung getragen werden.
- Die IAO und die Sozialpartner müssen die Reformtätigkeiten in Bezug auf die soziale und arbeitsrechtliche Dimension überwachen und analysieren, und sie sollten aktiv in die einschlägigen Diskussionen in der G20, im FSB und in anderen Foren einbezogen werden.
- Die Aktivitäten der IAO in den kommenden Jahren sollten sich auf Fragen betreffend die Wirtschafts- und Finanzkrise konzentrieren.
- Die IAO sollte regionale und subregionale Tagungen der Sozialpartner im Hinblick auf die Umsetzung der Schlussfolgerungen fördern.

Die IOE und UNI sandten diese Schlussfolgerungen mit einem gemeinsamen Schreiben an die Verantwortlichen der relevanten internationalen Organisationen (siehe oben) – es handelt sich um die erste gemeinsame Aktion dieser Art. Auf ihrer Tagung im April erkannte die G20 die Rolle der IAO im Reformprozess in Bezug auf die menschliche Dimension der Krise an.

Europäische Union

Auf EU-Ebene hat UNI Finanz ihre Strategievorschläge anlässlich der zweimal jährlich veranstalteten Konsultationstreffen mit der Europäischen Kommission und der GD Binnenmarkt bekannt gemacht. Diese Tagungen werden durch regelmäßige informelle Kontakte mit der Generaldirektion ergänzt, die der Erörterung von politischen EU-Initiativen und UNI Finanz-Standpunkten gewidmet sind.

UNI Finanz warnte seit 2007, dass als Folge der Entlohnungs- und Anreizsysteme für gewöhnliche Finanzsektor-Angestellte und der daraus resultierenden Verkaufspraktiken systemische Risiken entstehen. Diese Besorgnis kommt in dem von der Kommission in Auftrag gegebenen de Larosière-Report zur Finanzaufsicht zum Ausdruck und in der anschließenden Mitteilung der Kommission zur Finanzreform, die im März veröffentlicht wurde.

UNI Finanz unterbreitete Anträge zu folgenden Initiativen der Kommission:

- Entlohnung in der Finanzindustrie,
- Finanzaufsicht,
- Retail-Investitionsprodukte,
- Finanzielle Eingliederung,
- Managervergütungen.

UNI Finanz intervenierte auch beim Europäischen Parlament und bei EU-Finanz-aufsichtsgremien, z. B. beim Ausschuss der Europäischen Bankaufsichtsbehörden (CEBS).

Nach einigem Zögern erklärten sich die europäischen Bankarbeitgeberverbände schließlich bereit, mit UNI Finanz die Finanzkrise zu erörtern. Auf einem Treffen im Januar wurde vereinbart, die Gespräche und den Meinungs-austausch fortzuführen. Die Finanzkrise wird auch bilateral mit verschiedenen Arbeitgeber-Organisationen und im Rahmen des Banken-Sozialdialogs zur Sprache gebracht.

Nächste Schritte

In Zusammenarbeit mit den globalen Gewerkschaften wird UNI Finanz ihre Interventionen bei Regierungen und Regulierungs- und Aufsichtsbehörden auf globaler und europäischer Ebene im Lichte der Entwicklungen und in Übereinstimmung mit ihrer Politik fortsetzen.

Ein besonderes Anliegen wird die Beeinflussung des IWF, des FSB und der G20 in Bezug auf ihre Empfehlung und ihre Politik im Zusammenhang mit der künftigen Überwachungsstruktur und der Regulierung der Finanzindustrie sein. Zu den Schlüsselthemen gehören dabei die Überwachungs-Kollegien für multinationale Finanzkonzerne.

Eine weitere zentrale Frage betrifft die einschlägigen Regulierungsaktivitäten der EU. UNI Finanz wird die Entwicklungen aufmerksam verfolgen und gegebenenfalls mit anderen internationalen Gremien auf globaler und regionaler Ebene einschreiten. Dabei wird sie ihre Tätigkeiten mit ihren Mitgliedsorganisationen abstimmen.

UNI Finanz wird auf eine rasche Umsetzung der Schlussfolgerungen des Globalen IAO-F forums über die Finanzkrise drängen.

Sie wird eine Muster-Charta für den Verkauf von Finanzprodukten ausarbeiten und sich zu diesem Zweck an Finanzgesellschaften und andere Interessengruppen wenden (z. B. die Rating-Agentur für soziale Fragen und die Verbraucher-Organisation BEUC).

Sie wird ihren Dialog mit Arbeitgeberverbänden und Unternehmen auf regionaler (einschl. europäischer) und globaler Ebene fortsetzen und dabei auch den Abschluss globaler Abkommen fördern.

Auf europäischer Ebene sind mehrere Workshops zu folgenden Themen geplant:

- Beste Praktiken in Arbeitsbeziehungen und die Finanzkrise, mit vier Finanzgesellschaften und in Anwesenheit von Management-, Gewerkschafts- und EBR-Vertretern.
- Vielfalt der Finanzindustrie und Finanzkrise, mit Vertretern von Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und europäischen Einrichtungen.
- Sozialer Dialog und die Finanzkrise in Mittel- und Osteuropa, mit Gewerkschaften aus der Region.
- Sozialer Dialog und die Finanzkrise in Mittel- und Osteuropa, mit vier Finanzgesellschaften und in Anwesenheit von Management-, Gewerkschafts- und EBR-Vertretern.

UNI Financial Crisis Watch

Die der Finanzkrise gewidmete Website: www.uniglobalunion.org/financialcrisis enthält den oben erwähnten Blog, weitere UNI-Dokumente, Stellungnahmen und Forderungen unserer Mitgliedsorganisationen sowie die jüngsten Nachrichten zur Finanzkrise.

Unser Ziel besteht darin, ein Forum zu schaffen, das Gewerkschaften weltweit erlaubt, Informationen über die Finanzkrise und Methoden zu ihrer Bewältigung auszutauschen. Wir bitten unsere Mitgliedsorganisationen, Nachrichten, Stellungnahmen und Aktionen im Zusammenhang mit der Finanzkrise an das Sekretariat, und insbesondere an:

barbara.wettstein@uniglobalunion.org zu senden.

Allen, die laufend die neuesten Nachrichten von uns erhalten möchten, empfehlen wir, sich bei unserem RSS-Feed über die Finanzkrise unter folgender Adresse zu abonnieren:

www.uniglobalunion.org/unifinance.nsf/crisis.rss.

Anhang 3

Überarbeitung der Corporate Governance-Grundsätze durch die OECD:

Empfehlungen des gewerkschaftlichen Beratungsausschusses bei der OECD:

- Aus dem Paper der OECD geht hervor, dass man darum bemüht ist, das 'alte', auf Maximierung des Shareholder-Values basierende Modell, ein Modell, das uns in die Krise führte, zu korrigieren. Im Grunde benötigen wir ein völlig neues Corporate Governance-Modell das auf Rechenschaftspflicht gegenüber den Vertretern der einzelnen Unternehmensbereiche und der Gesellschaft insgesamt basiert und eine bindende Regulierung als Kernprinzip zur Einhaltung dieser Verpflichtung enthält.
- Die OECD sollte den vielfältigen verschiedenen Corporate Governance-Ansätzen Rechnung tragen und Mechanismen für die Information, Anhörung und Vertretung der Arbeitnehmer einschließen.
- Die OECD sollte die prozyklische Ausrichtung der Aktionärsvergütungspolitik, die auf dem Konzept des „freien Cash-Flows“ basiert überprüfen.
- Abgesehen von Unabhängigkeit und Kompetenz müssen auch die Rechenschaftspflicht des Vorstands gegenüber den Vertretern der wichtigsten Unternehmensbereiche und den Behörden sowie das Recht auf relevante Vorabinformation durch das Management eingeschlossen werden.
- Das Thema der Managerbezüge ist ein gutes Beispiel für das Versagen der Selbstregulierung. Die OECD sollte eine sinnvolle Politik in Bezug auf die Regulierung der Managerbezüge ausarbeiten, und zwar auf der Basis objektiver Kriterien zur Definition der langfristigen Interessen des Unternehmens. Gleichzeitig muss ein gerechtes Verhältnis zwischen Managerbezügen und Bezügen der Beschäftigten gefordert werden.
- Was Risk Management betrifft, so müssen die Regulatoren und Aufsichtsgremien über die notwendigen Instrumente verfügen, damit sichergestellt werden kann, dass jedes auch noch so große Unternehmen überwacht werden kann (Top-Down-Ansatz). Gleichzeitig müssen Arbeitnehmervertreter und andere Vertreter des Unternehmens dazu befähigt werden, mit gleicher Kraft entgegenwirken zu können (Bottom-Up-Ansatz).
- Durch einen Bottom-Up-Ansatz in Bezug auf Risiko würden die Parameter des Risikomanagements ausgeweitet werden, so dass auch Arbeitnehmervertretungsmechanismen und die jeweiligen Gewerkschaften einbezogen werden.
- Die Krise zeigt uns einen Weg zu einem neuen System des Investoren-Aktivismus auf. Die OECD muss diese Diskussion auch in Bezug auf verbesserte Governance-Strukturen für institutionelle Anleger aufnehmen. Im Hinblick auf Investoren-Aktivismus muss grundsätzlich zwischen Eignern und Verwaltern von Vermögenswerten unterschieden werden.
- Ein verantwortungsbewusster Aktivismus setzt zuerst einmal eine angemessene Regulierung der Vermögensverwaltungsbranche (einschließlich der Verpflichtung zur Offenlegung der Abstimmungsergebnisse im Namen ihrer Kunden) und privater

Kapitalfonds (einschließlich Transparenz und Rechenschaftspflicht ihrer internen Governance) voraus.

- Investoren-Aktivismus ist ein Mittel zum Zweck und kein Zweck an sich. Die OECD sollte die aktive Mitwirkung gemäß den angestrebten Zielen und in Abhängigkeit davon, ob die Ziele dem langfristigen Interesse des Unternehmens dienen oder einem kurzfristigen Denken Vorschub leisten, näher ausführen.

-
- ¹ WPV, The Global Economic and Financial Crisis: Initial Insights into its impact on the postal sector, 2009. UPU, Postal sector feeling the pinch, but financial crisis not all doom and gloom, Pressemitteilung, 2. April 2009. UPU, Posts see opportunities in a time of crisis, WPV News Centre, 2. April 2009.
- ² **Preliminary Lessons From the Crisis, Global Economic Prospects, and Policy Challenge Universal Postal Union, 2. April 2009**, Emmanuel van der Mensbrugghe, Assistant Director, Büro des Internationalen Währungsfonds in Europa.
- ³ John Potter, Erklärung vor dem Bundesfinanzmanagement-Unterausschusses, Senat der USA, 28. Januar 2009.
- ⁴ ECORYS, Main Developments in the Postal Sector 2006-2008, 2009, Seite 105.
- ⁵ Zitiert in ECORYS, Seite 108.
- ⁶ Zitiert in ECORYS, Seite 104.
- ⁷ Faryal Mirza, In Post we Trust, Weltpostverein, 4/2008
- ⁸ Siehe Fußnote 1.
- ⁹ Global economic slump means consolidation of US Postal Services delivery routes, 19. Januar 2009, verfügbar unter www.uniglobalunion.org
- ¹⁰ UPS Reports Results for 4th Quarter, Full Year, Pressemitteilung, 3. Februar 2009, www.ups.com
- ¹¹ www.tnt.com. Pressemitteilungen und Berichte Q4 und FY2008.
- ¹² ITF, TNT slashes jobs across Europe, 20. Februar 2009, www.itfglobal.org
- ¹³ ITF, Global delivery firms announce job cuts and freezes, 9. Januar 2009, www.itfglobal.org
- ¹⁴ MarketWatch, Sharp falloff in express demand to hurt shippers, 9. Dezember 2008, www.marketwatch.com
- ¹⁵ Präsentation beim 10. APPU-Kongress, 9.-13. März 2009
- ¹⁶ Deutsche Post World Net Pressemitteilung, 10. November 2008
- ¹⁷ UNI, Deutsche Post: 40,000 jobs threatened in the USA, 11. November 2008, www.uniglobalunion.org
- ¹⁸ ITF, Global delivery firms announce job cuts and freezes, 9. Januar 2009, www.itfglobal.org
- ¹⁹ Patrick A Lin, Meet the Challenge! Vortrag beim 10. APPU-Kongress, 9. -13. März 2009
- ²⁰ La Poste, Résultats 2008 du Groupe la Poste (Pressedossier), 12. März 2009, www.laposte.fr
- ²¹ Royal Mail Holdings, Trading update for the half year ended 28 September 2008, www.royalmailgroup.com
- ²² PostInsight, UK Direct Mail Volumes Down 8.5%, According to REaD Group Research, 20. Februar 2009, www.postinsight.com
- ²³ EPMU will fight to protect NZ Post jobs, 14. April 2009
- ²⁴ John Potter, Erklärung vor dem Bundesfinanzmanagement-Unterausschusses, Senat der USA, 28. Januar 2009
- ²⁵ UNI, Global economic slump means consolidation of US Postal Services delivery routes, 19. Januar 2009; UNI, NALC stops delivery outsourcing in the USA, 4. Dezember 2008; beide Artikel verfügbar auf www.uniglobalunion.org
- ²⁶ UNI, APWU President Burrus talks about falling mail volumes in the US, 21. Januar 2009, www.uniglobalunion.org
- ²⁷ European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions, Industrial relations in the postal sector, 2007, <http://www.eurofound.europa.eu/docs/eiro/tn0704018s/tn0704018s.pdf>
- ²⁸ Zitiert in ECORYS, S. 217-218
- ²⁹ EIRO, Restructuring plans provoke unrest among postal workers, Dezember 2008
- ³⁰ EIRO, Further job losses as part of ongoing restructuring at Czech Post, September 2008
- ³¹ UNI, Posten to cut 370 jobs over a two-year period, 8. Januar 2009, www.uniglobalunion.org
- ³² WPV. Postal financial services: the closer the better
- ³³ Fouad Nader and Michael Lintell, Mail Trends Update, Februar 2008 (verfügbar www.upu.int)
- ³⁴ WPV, Postal sector feeling the pinch, but financial crisis not all doom and gloom, Pressemitteilung, 2. April 2009

³⁵ CWU, People's Bank statement www.cwu.org/people-s-bank.html

³⁶ UNI, Fundamental overhaul of financial system indispensable, 9. September 2008
www.uniglobalunion.org

³⁷ WPV. Postal financial services: the closer the better

³⁸ UNI, UNI Post & Logistics Global Union moves forward with new strategy, 23. Juli 2008,
www.uniglobalunion.org

³⁹ ETUC, London Declaration, ETUC Newsletter September 2008

⁴⁰ PostInsight, LDP Feud Over Japan Post Privatization Reignites, 24. November 2008,
www.postinsight.com

⁴¹ UNI, The perils of outsourcing, 13. Januar 2009, www.uniglobalunion.org

⁴² **Preliminary Lessons From the Crisis, Global Economic Prospects, and Policy Challenge**
Weltpostverein, 2. April 2009, *Emmanuel van der Mensbrugge, Assistant Director, Büros des*
Internationalen Währungsfonds in Europa